

## PRESSEMITTEILUNG

### **Neue Studie des BWA beleuchtet negative Auswirkungen von Sanktionen auf kleine und mittelständische Unternehmen**

#### **BWA fordert Überdenken von internationalen Sanktionspolitiken**

**Berlin, 08. April 2024**

Eine umfassende, vom Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA) herausgegebene Studie unter der Federführung von Prof. Dr. Daniel Horgos und dem Leiter der Rohstoffkommission des BWA, Frank Tetzl, hebt die weitreichenden negativen Konsequenzen von Sanktionen auf kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) hervor. Im Fokus der Analyse stehen die Sanktionierungen kritischer Rohmaterialien, beispielhaft untersucht anhand der Situation der Aluminiumindustrie, deren Rohstoff inzwischen zu den Critical Raw Materials innerhalb der EU gehören.

Die aktuelle Debatte um internationale Sanktionen zeigt: Sanktionen erreichen oft nicht ihre politischen Ziele und verursachen wirtschaftlichen Schaden sowohl in den sanktionierten als auch in den sanktionierenden Ländern. Insbesondere die Sanktionierung kritischer Rohstoffe kann erhebliche und teils schwerwiegende negative Effekte nach sich ziehen, die nicht nur das Zielland betreffen, sondern auch die Wirtschaft der sanktionierenden Staaten stark beeinträchtigen.

*„Als exportorientierte Volkswirtschaft ist Deutschland substanziell auf stabile internationale Handelsverbindungen angewiesen. Mir Sorge betrachten wir als BWA seit vielen Jahren, wenn politische Diskrepanzen zunehmend auf die unternehmerische Ebene verlagert werden und Industrie und Mittelstand, die Säulen unserer wirtschaftlichen Stärke und handelspolitischen Reputation, in Mitleidenschaft ziehen“,* erklärt BWA-Vorstandsvorsitzender Michael Schumann zur Motivation des Verbandes, sich näher mit der Thematik auseinanderzusetzen.

*„Es ist entscheidend, dass Sanktionen als politisches Instrument von Regierungen genutzt und nicht von privaten Lobbygruppen instrumentalisiert werden, um ihre Markinteressen zu fördern“,* erklärt Prof. Dr. Horgos. Die Studie argumentiert, dass insbesondere die geplante Sanktionierung von Aluminium mehr Selbstschaden verursacht und nicht notwendigerweise zur Erreichung der politisch angestrebten Ziele beiträgt.

Die Studie legt dar, dass Sanktionen oft Umgehungsmaßnahmen wie verdeckte Finanztransaktionen, die Nutzung von Scheinfirmen oder den Handel über Drittländer provozieren. *„Die Effektivität von Sanktionen als politisches Instrument ist umstritten. Einerseits können sie internationalen Normen Geltung verschaffen und aggressives Verhalten sanktionieren. Andererseits können sie unbeabsichtigte negative Konsequenzen haben“*, fügt Tetzl hinzu.

Der Bericht schließt mit der Forderung nach einer sorgfältigen Abwägung der potenziellen Konsequenzen von Sanktionen und der Berücksichtigung alternativer Ansätze und diplomatischer Lösungen, um die beabsichtigten Ziele zu erreichen, ohne die eigene Wirtschaft und globale Stabilität zu gefährden.

**Kontakt:**

**Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA)  
Global Economic Network e.V.**

**Bundesgeschäftsstelle  
Kanzler Eck Berlin  
Kurfürstendamm 22  
10719 Berlin**

**Tel.: +49 30 700 11 43-0  
Fax: +49 30 700 11 43-20**

**E-Mail: [presse@bwa-deutschland.de](mailto:presse@bwa-deutschland.de)**

**Über den BWA:**

**Der Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft e. V. (BWA), gegründet 2003 mit Sitz in Berlin, unterstützt seit über 21 Jahren die Vorhaben und Projekte seiner Mitgliedsunternehmen zielführend und effizient in vielen Ländern dieser Erde. Er genießt national und international einen hervorragenden Ruf als Brückenbauer zu guten Geschäften und Think Tank für Wirtschaftsdiplomatie. Die Mitglieder des BWA sind Führungskräfte aus Mittelstand, Großindustrie, Wissenschaft, Politik und Diplomatie, die für eine Ökosoziale Marktwirtschaft eintreten. Seine politischen Aktivitäten bündelt der BWA in Bundesfachkommissionen, die als Ideengeber für branchenspezifische wie branchenübergreifende Themenbereiche wirken.**